

## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige und der Gruppe  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Hohe Benzolbelastungen durch den Autoverkehr**

Neuere Schadstoffmessungen haben ergeben, daß Bewohner von Städten infolge des starken Verkehrsaufkommens extrem hohen Benzolwerten ausgesetzt sind. Benzol, das als billiges Anti-Klopfmittel dem Benzin beigemischt wird, ist eine überaus giftige Verbindung aus Kohlen- und Wasserstoffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß Benzol in kleinsten Konzentrationen bei empfindlichen Menschen Leukämie hervorrufen kann sowie bei längerem Einatmen Brechreiz, Kopfschmerzen, Rausch- und Schwindelgefühle, eine Schädigung der blutbildenden Zellen und Chromosomenbrüche verursachen kann?
2. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des von der Stadt München in Auftrag gegebenen Gutachtens, das eine erste flächendeckende Untersuchung zur innerstädtischen Benzoldarstellung wiedergibt?  
b) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der im Gutachten getroffenen Feststellung, daß ein „erschreckend hoher Grundpegel“ flächendeckend besteht und für einen Anstieg der jährlichen Leukämierate verantwortlich ist?
3. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung gegen die besonders hohe Gefährdung von Kleinkindern, die aufgrund ihrer Körpergröße das aus den Kühlerhauben entweichende Gift verstärkt einatmen?
4. Wie begründet die Bundesregierung, daß die behördliche Abgasmessung in Höhe von 3 bis 4 Metern angeordnet ist, obwohl in Kindermasenhöhe die Schadstoffe in dreifacher Menge konzentriert sind?
5. Durch technische Umrüstungen könnte nach Untersuchungen des Umweltbundesamtes der Benzolanteil im Benzin auf etwa ein Prozent gedrückt werden. Das Benzin würde dabei um einige Pfennige teurer werden.

Wird die Bundesregierung diese technische Möglichkeit nutzen, um im Rahmen der Europäischen Union, die einen Grenzwert von fünf Prozentanteilen festgelegt hat, eine Vorreiterrolle zu übernehmen?

6. Was unternimmt die Bundesregierung, um den von dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, verfaßten und seit drei Jahren in unterschiedlichen Gremien festhängenden Entwurf einer Konzentrationswerte-Verordnung für Innenstädte endlich zur Entscheidung zu bringen?
7. Wäre die Bundesregierung bereit, die Kosten der teils aufwendigen Schadstoffmessungen zu übernehmen, um im Bundesrat eine zügigere Beschlußfassung zu ermöglichen?

Bonn, den 19. April 1994

**Dr. Klaus-Dieter Feige**  
**Werner Schulz (Berlin) und Gruppe**